Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7048**

14. Wahlperiode 05. 10. 2001

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heinrich Fink und der Fraktion der PDS

Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für Gedenkstätten an Orten ehemaliger Vernichtungslager in Polen

Zeitgleich zu der Diskussion in Deutschland um das geplante Holocaust-Mahnmal, so „Monitor“ in seiner 445. Sendung vom 21. Januar 1999 mit dem Titel „Kein Geld für Gedenkstätten in Polen“, drohen „die Erinnerungsstätten in einem anderen Land zu zerfallen, dem Land, dem von Deutschen in diesem Jahrhundert mehr Leid zugefügt wurde als irgendeinem anderen Land in Europa, dem Land, in dem die Nazis nicht nur die ersten, sondern auch die meisten und größten Vernichtungslager errichteten: Polen“.

Millionen von Menschen litten in den auf polnischem Gebiet von Deutschen errichteten Vernichtungslagern von Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Belzec, Lublin-Majdanek, Stutthof und Chelmno unendliches Leid, Millionen wurden an diesen Orten qualvoll ermordet, starben in den Gaskammern, an Hunger, Krankheiten und Schwäche und dem Terror der SS.

Heute erinnern Gedenkstätten, die an diesen Orten errichtet wurden, an das Leid dieser Menschen.

Die erste Gedenkstätte in Polen wurde 1946 in Lublin-Majdanek errichtet. Bereits unmittelbar nach der Befreiung des Lagers, in dem 250 000 Menschen ermordet wurden, begann man mit der Errichtung des Museums. Noch heute steht ein großer Teil der Baracken, und auch die Gaskammer wurde erhalten.

Doch über 50 Jahre nach der Befreiung des Lagers droht der Gedenkstätte nun der Zerfall. Jahrelang waren die 80 Holzbaracken der Witterung ausgesetzt. Für den Erhalt der Gebäude kam der polnische Staat bisher praktisch alleine auf. Nun jedoch fehlt selbst für die dringendsten Sanierungsarbeiten das Geld.

Die Holzbalken der Baracken sind morsch, bei einigen hat sich bereits das Fundament abgesenkt.

Die 250 000 Schuhe, die man nach der Befreiung hier gefunden hatte, wurden mehr als 50 Jahre aufbewahrt. Doch nun drohen auch sie zu zerfallen. An die dringend notwendige Konservierung ist angesichts der finanziellen Situation nicht zu denken. Am schlimmsten jedoch sei laut „Monitor“ die Situation im Archiv des Museums: „Tausende von Dokumenten lagern hier: Beweise für die deutschen Verbrechen von Majdanek. Vor zwei Jahren hat das Land Brandenburg 20 000 Mark überwiesen – das war praktisch alles an deutscher Hilfe. Fast zehntausend Dokumente müssten dringend konserviert werden. Doch auch dafür ist in diesem Jahr kein Geld vorhanden.“

Wie der Gedenkstätte in Lublin-Majdanek ergeht es fast allen polnischen Gedenkstätten an Orten ehemaliger Vernichtungslager: „Die meisten dieser Gedenkstätten haben bislang keinerlei Unterstützung aus Deutschland erhalten, sie leiden unter akuter Finanznot, viele unschätzbare Dokumente und Zeugnisse des Holocaust drohen, für immer verlorenzugehen.“ (Monitor, 21. Januar 1999)

Doch nicht nur der Erhalt der Gedenkstätten ist bedroht. In Chelmno, wo 1941 die Massenvernichtung der europäischen Juden begann, sieht man noch einige Überreste des Krematoriums und die Massengräber von über 200 000 Ermordeten. Doch vieles von dem, was hier geschah, ist noch immer ungeklärt. Die begonnenen Ausgrabungen müssen infolge fehlender finanzieller Mittel wahrscheinlich wieder eingestellt werden. Jahrelange Arbeit wäre dann umsonst gewesen.

In der Unterrichtung der Bundesregierung vom 27. Juli 1999 „Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“ (Bundestagsdrucksache 14/1569) heißt es:

„Die Förderung der Erinnerung, des Gedenkens und von Gedenkstätten ist zunächst eine Aufgabe der Gesellschaft, der Kommunen und der Länder. Der Bund kann jedoch Gedenkstätten und Projekte fördern, wenn sie von nationaler bzw. internationaler Bedeutung sind, ein wissenschaftlich fundiertes Konzept vorliegt und das jeweilige Sitzland sich angemessen beteiligt.“

Für die Gedenkstätten in Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Belzec, Lublin-Majdanek, Stutthof und Chelmno kam in den mehr als 50 Jahren nach Befreiung der Lager in erster Linie der polnische Staat auf.

Ihre Bedeutung als Gedenkstätten an authentischen Orten der Massenvernichtung ist kaum zu überschätzen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur gegenüber den Opfern die Verpflichtung, würdevolles Gedenken an dem Ort ihrer Ermordung und ihres Leidens zu ermöglichen, die Erinnerung an deutsche Verbrechen wach zu halten und vor allem der jüngeren Generation eine Auseinandersetzung mit der Geschichte zu ermöglichen. Dafür sind Gedenkstätten an authentischen Orten unverzichtbar.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gedenkstätten an Orten ehemaliger Vernichtungslager in Polen wurden und werden von der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Errichtung finanziell unterstützt?
   a) In welche Höhe (bitte für jede Gedenkstätte und jedes Jahr darlegen)?
   b) Aus welchen Haushaltsmitteln?
   c) Für welchen Zweck (Errichtung, Erhalt, Restauration, archäologische Arbeiten, pädagogische Arbeit, Bildungsangebote, Öffentlichkeitsarbeit, Forschung, Erhalt und Erschließen von Archivbeständen, Bibliotheken, Ausstellungen, etc.)?
2. Will die Bundesregierung die finanzielle Unterstützung von Gedenkstätten an Orten ehemaliger Vernichtungslager in Polen angesichts ihres drohenden Zerfalls aufnehmen bzw. vergrößern?
   a) Wenn ja, wann, in welcher Höhe und für welche Gedenkstätten?
   b) Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 27. September 2001

Ulla Jelpke
Heinrich Fink
Roland Claus und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333